Donnerstag, 11. Juli 1929 | 15 Pfg. | Erstes Morgenblatt | 73. Jahrgang. Nr. 508

Frankfurter Zeitung

und Handelsblatt

(Frankfurter Handelszeitung)
Fernsprecher Amt Hansa 9160-9175
Begründet von Leopold Sonnemann

(Neue Frankfurter Zeitung)
Postscheckkonto Frankfurt (Main) 4430

BEZUGS-PREIS Täglich drei Ausgaben, Sonntags und Montags zwei Ausgaben. Beilagen: Die Bebildte Welt, Literaturblatt, Für Hochschule und Jugend, Sportblatt, Bäderblatt, Für den Frau, Berufsprexis in Deutschland monatlich 4.— Reichsmark einschließlich Bringerlohn, im Ausland nach dem Tarif der am Weltpostverein bestehenden Tarifen. Unter Streifband Postzeitungsgebühr. Abbestellungen: Morgenblatt 15 Pfg., Abendblatt 15 Pfg.

ANZEIGEN-PREIS Milli-Zeile 40 Pfg. Reklame 4.— Mk. Stellengesuche 20 Pfennig. Familien-Anzeigen (außer der Familienrubrik) Postgebühr. Depesche 40 Pfg. / Platz- und Datumvorschrift, ohne Verbindlichkeit. Störungen d. höhe. Gewalt od. Ausstand berechtigen nicht zu Ersatzansprüchen.

GESCHÄFTSSTELLEN Frankfurt a. M., Große Eschenheimer Straße 31-37, Schillerstr. 18-24. Berlin W 9 Potsdamer Str. 135. Hamburg, Colonia Bäckerstr. 9. Köln a. Rh., Gereonstraße 43-65. Essen, Wilhelm-Platz 10. München, Perusastr. 5 u. O 9. Konzernstraße 20. Stuttgart, Poststr. 7. Hannover, Leisewitzstr. 55 A. Leipzig W 33, Goetzestraße 21. Erlangen, Friedrichstraße 24. Wien I, Wollzeile 11. Zürich, Bahnhofstraße 78. Paris 6, rue de Lille. Londres, London E. C. 1, Holborn Viaduct House, Haag-Voorburg, Dr. Bloemkadeestraat 21. Brüssel, 47 Rue Montagne aux Herbes Potagères. New York, 164 East 42nd Street. — Anfragen u. unverl. Einsendungen ist Rückporto beizufügen. Verlag und Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei G. m. b. H.

Verschärfung des tschechisch-ungarischen Konflikts.

(Drahtmeldungen unserer Korrespondenten.)

w Prag, 10. Juli. Der Optimismus, daß der Zwischenfall mit Ungarn eine glatte Regelung erfahren werde, hat sich als verfrüht erwiesen. Die Schwierigkeiten sind größer, als erwartet wurde. In offiziellen Prager Kreisen hat es bedenklich, daß Ungarn noch vor Ueberreichung der Note an die tschechische Note im Wege des amtlichen Ungarischen Korrespondenz-Büros zu der tschechischen Note Stellung genommen und sämtliche Forderungen zurückgewiesen hat. Das widerspreche allen diplomatischen Gepflogenheiten. Der tschechoslowakische Gesandte wurde vom Außenministerium angewiesen, beim ungarischen Außenminister auf das Befremden hinzuweisen, das dieser ungarische Schritt in der Tschechoslowakei hervorgerufen hat. Gleichzeitig soll zwischen dem tschechoslowakischen Gesandten und dem ungarischen Außenminister eine inoffizielle Fühlungnahme zwecks mündlicher Erläuterungen des Notenwechsels stattfinden.

Soweit aus anderen offiziellen ungarischen Nachrichten geschlossen werden kann, beabsichtigt die ungarische Regierung allen tschechoslowakischen Forderungen gegenüber eine ablehnende Haltung einzunehmen. Sollte diese Annahme sich bestätigen, so wird, wie das „Prager Tagblatt" berichtet, die Tschechoslowakei den Fall dem Internationalen Schiedsgericht im Haag oder einem ad hoc einberufenen gemischten Schiedsgericht vorlegen. Man hofft jedoch in Prager offiziellen Kreisen, daß es gelingen werde, ein Kompromiß herbeizuführen und zu einer friedlichen Beilegung des Streites zu gelangen, zumal der ungarische Außenminister gleichfalls bemüht zu sein scheint, eine Verständigung herzustellen. Allerdings erscheine ein Erfolg dieser Bestrebungen zweifelhaft, da in Ungarn zwei Strömungen herrschen und die radikale Richtung jedes Entgegenkommen energisch zurückweist. Die tschechoslowakische Regierung ist der Auffassung, daß der verhaftete Eisenbahner unschuldig ist, und sie besteht deshalb auf seiner Freilassung. Sie ist jedoch geneigt, falls Ungarn ausreichende Beweise bietet, daß Pecha schuldig ist, die Forderung nach Freilassung Pechas zurückzustellen und es den ungarischen Gerichten zu überlassen, über seine Schuld oder Unschuld zu urteilen. Hingegen könne die Tschechoslowakei bezüglich der Form der Verhaftung nicht nachgeben und müsse darauf bestehen, daß Ungarn wegen dieses Verstoßes gegen die Eisenbahnkonventionen sich entschuldigt.

b Budapest, 9. Juli. Die gestern überreichte neue Note der tschechoslowakischen Regierung ist in der Angelegenheit des Zwischenfalls in Hidasnémeti bei in politischen Kreisen förmlich konsterniert, da man nach den vor einigen Tagen abgegebenen Erklärungen des Außenministers Walko und nach dem Jubel der ungarischen Stimmung in der tschechischen Presse allgemein auf eine glatte diplomatische Vereinigung des Zwischenfalls gerechnet hatte. Nun hat der formlose Ton der neuen tschechischen Note hier entrüstet, und in den offiziösen Stimmen wird schon mit stärksten Kulissen gearbeitet. Die in der Note aufgestellten Forderungen sind, die ungarischen Behörden mögen alle Bedenken über den Vorfall aussprechen, den verhafteten Spion Pecha wieder in Freiheit setzen und Bürgschaft dafür leisten, daß ähnliche Fälle sich in Hinkunft nicht mehr wiederholen — werden als eine offiziöse Kundgebung, als derb, lächerlich, verriet und unverschämt bezeichnet.

Die ungarische Regierung wird die Note schon in den nächsten Tagen beantworten und nach der heutigen Stimmung muß man in Gerichtsmp mit heftigen Erklärungen des Außenministers Walko alle drei in schroffem Tone vorgebrachten Verlangen der tschechoslowakischen Regierung rundweg zurückweisen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dann von der einen oder anderen Seite ein Schiedsgericht angerufen werden wird. Jedenfalls bleibt die von der tschechischen Regierung angeordnete und nun schon seit einer Woche in Kraft stehende Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs auf der Kaschauer Linie vor der Hand in Kraft.

Die rheinisch-westfälische Umgemeindungsvorlage.

Die dritte Lesung im Landtag.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ Berlin, 10. Juli. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des preußischen Landtags steht u. a. die dritte Lesung der rheinisch-westfälischen Umgemeindungsvorlage. Das bedeutet die letzte Gelegenheit für die Vertreter der westlichen Gemeinden, nochmals den Versuch einer Einflußnahme auf die Abgeordneten des Hauses zu machen. Nach dem äußeren Bilde zu urteilen, hat sich bekanntlich jener von den Gegnern der rheinisch-westfälischen Umgemeindungsvorlage. Das bedeutet die letzte Gelegenheit für die Vertreter der westlichen Gemeinden, nochmals den Versuch einer Einflußnahme auf die Abgeordneten des Hauses zu machen. Nach dem äußeren Bilde zu urteilen, hat sich bekanntlich jener von den Gegnern der Vorlage gemacht. Die Publikumstribüne sind bereits längere Zeit vor Beginn der Sitzung dicht mit kommunalpolitischen Interessen besetzt, und was dort keinen Platz findet, füllt die Gänge und Säle des Hauses. Nichtsdestoweniger hat man das Sonntagsfeuerwerk, das bei der zweiten Lesung von den Westlern „friedlich erobert wurde", rechtzeitig gesperrt. Im Grunde sind diese Beeinflussungsversuche, so begreiflich sie menschlich sind, recht zwecklos; denn immer ist auch der Gegner anwesend, und Meinung und Gegenmeinung heben sich im Endergebnis ziemlich auf.

Das Haus erledigte zunächst Petitionen und andere kleine Vorlagen und bestätigte dann mit großer Mehrheit ohne Debatte in dritter Lesung und in der Schlußabstimmung das Polizeikostengesetz gemäß den Beschlüssen in zweiter Lesung.

Hierauf setzte die dritte Lesung der rheinisch-westfälischen Umgemeindungsvorlage, zu der abermals zahlreiche Abänderungsanträge vorlagen.

(Die Sitzung dauert bei Schluß des Blattes fort.)

Ein Fischerdorf durch Erdrutsch ins Meer gestürzt.

(Kabelmeldung der „United Preß".)

Tokio, 10. Juli. Ein riesiger Erdrutsch, der sich in der vergangenen Nacht in der Nähe von Kagoschima ereignete, hat ein ganzes Fischerdorf ins Meer gestürzt. Nach den letzten Meldungen sind dreißig Personen bei dem Unglück, das durch schwere Regenfälle verursacht wurde, ums Leben gekommen.

„Pathfinder" zum Weiterflug gestartet.

Santander, 10. Juli. (United Preß.) Das Ozeanflugzeug „Pathfinder" ist zum Weiterfluge nach Rom heute um 11.18 Uhr Ortszeit gestartet.

Neues Bombenattentat in Schleswig-Holstein.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

e Hamburg, 10. Juli. Heute nacht ereignete sich in der Provinz Schleswig-Holstein ein neues Bombenattentat. Vor dem Hause des Landrates in Husum explodierte gegen 3½ Uhr eine Bombe, die starken Gebäudeschaden anrichtete, glücklicherweise aber keine Menschenleben forderte. Nach Aussagen von Bewohnern soll kurz vorher ein Auto in auffallend schneller Fahrt den Ort verlassen haben. Es ist notwendig, daß die Ermittlungen der zuständigen Behörden endlich zu einem Erfolg führen, damit die schwere Beunruhigung, die durch die fortgesetzten Bombenverbrechen in der Provinz hervorgerufen wird, beseitigt wird.

✠ Berlin, 10. Juli. Wie wir erfahren, hat die preußische Regierung und der Regierungspräsidentin Schleswig die Absicht, noch im Laufe des heutigen Tages eine sehr hohe Belohnung für die Ermittelung oder Ergreifung der Täter auszusetzen. Dies ist um so nötiger, als es sich bei diesem Attentat um den siebten Anschlag handelt, der seit November 1928 in der Provinz Schleswig verübt worden ist. Ueber die Täter läßt sich im Augenblick noch nichts sagen, doch ist anzunehmen, daß die Personen, die die erwähnten Attentate verübt haben, einem ganz bestimmten Kreis angehören. Schon seit einiger Zeit ist die Provinz Schleswig der Schauplatz einer ganz systematischen Hetze gegen die Behörden des Reiches und des Staates.

Die Arbeitslosenfrage in England.

London, 9. Juli. (Wolff.) Der mit der Lösung der Arbeitslosenfrage betraute Minister Thomas prüft gegenwärtig einen Plan für den Bau einer Londoner Untergrundbahn zur Beförderung von Gütern. Durch diesen Bau würden 60 000 Mann für wenigstens vier Jahre Beschäftigung finden. Der Beförderer des Planes, Criscout Grant, erklärte, er schätze die Kosten auf 40 Millionen Pfund Sterling, und erklärt, Kapital sei sofort verfügbar. Die Regierung sei ersucht worden, die Zinsen für das vorgeschreckte Kapital zu garantieren. Die Untergrundbahn soll etwa 75 Meilen lang sein, 54 Stationen mit Ladenampen erhalten und die verschiedenen Bahnhöfe und großen Magazine im Westend miteinander verbinden.

Chinas neue Not.

Tschiang Kai-schek und Feng Yü-hsiang. — Die Gemäßigten gegen die Radikalen. — Ewige Unruh.

(Sonderbericht für die „Frankfurter Zeitung".)

Wenn auch zwischen Tschiang Kai-schek, der Nankinger Regierung, und Feng Yü-hsiang ein Abkommen getroffen wurde, beseitigt der scharfe, prinzipielle Gegensatz der beiden Gruppen doch noch lange nicht vor einander. Der mit harter Verspätung eine erst eintreffende Artikel leuchtet in die entschiedenden Hintergründe dieses latenten Gegensatzes hinein. Red.

AS Schanghai, Ende Mai.

Trotz aller Beschwichtigungsversuche verschärft sich der Gegensatz zwischen der Nankinger Machthabern unter Tschiang Kai-schek und Feng Yü-hsiang, dem bekannten chinesischen General im Norden, immer mehr. Seit Wochen und Monaten gibt die Nankinger Regierung auf die gesamte chinesische Presse eine scharfe Zensur aus, die China freundlich gesinnten ausländischen Korrespondenten wurden im Anfang geboten, nichts über den Konflikt zwischen Tschiang Kai-schek und Feng Yü-hsiang zu berichten. Das Nankinger Zentralexekutivkomitee verbreitete ein liebenswürdiges Dementi: es sei keinerlei Konflikt zu befürchten, alle anderen Gerüchte seien böswillige kommunistische Erfindungen, man müsse daher gegen die Kommunisten mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek festigte, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mittel vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek festigte, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek festigte, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek festigte, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Der Konflikt erreichte nach der Einnahme von Hankau seinen Höhepunkt, als sich die Macht der Partei Tschiang Kai-schek festigte, die über Nanking herrscht, festigte. Nach diesem Ereignis erfuchte die Nankinger Regierung plötzlich die Japaner, ihre Truppen nicht aus der Provinz Schantung zurückzuziehen. Nach einjähriger heftiger antijapanischer Propaganda wirkte dies für die Chinesen wie eine Herausforderung, und die Nankinger Regierung und der Kommunismus mit noch stärkeren Mitteln vorgehen als bisher. Zu der Zeit, als dieses naive Kommuniqué veröffentlicht wurde, war ich eben in Nanking, wo jeder Beamte den bevorstehenden Konflikt diskutierte und wo sich gegen Feng Yü-hsiang eine Hochflut des Hasses erhob.

Sonnenfinsternis.

Von Prof. Finlay Freundlich.

Wir haben am neunten Mai, dem Tag der totalen Sonnenfinsternis, den Bericht des Professors Finlay Freundlich, der Leiter an der Expedition der Potsdamer Astrophysiker nach Nordsumatra, gebracht; in diesem Bericht konnte nur von der bevorstehenden Erscheinung die Rede sein, jetzt sind wir in der Lage, die Ergebnisse, während der Sonnenfinsternis selbst zu veröffentlichen. Red.

Takengon, im Mai.

Die totale Sonnenfinsternis am 9. Mai dieses Jahres verlief in Takengon bei klarem Himmel, — wie immer, ein „himmlisches Ereignis" von wunderbarer Schönheit, allerdings diesesmal in Szene gesetzt von einem Teufel. Es erscheint mir bezeichnend für Wesen und Ihren Ablauf in allen Einzelheiten zu schildern, wenn auch nur, um dem Leser einmal die ganz außerordentlichen Schwierigkeiten in größere Nähe zu bringen, unter denen es von den Astronomen verlangt wird, Messungen und Beobachtungen von äußerster Genauigkeit und von meistestfragender Bedeutung auszuführen. Die deutsche Sonnenfinsternis-Expedition war schon am 3. März, also mehr als neun Wochen vor der Finsternis, in Takengon eingetroffen. Diese lange Vorbereitungszeit war ins Auge gefaßt worden, da man immerhin mit der Möglichkeit zu rechnen hatte, daß auf dem schwierigen Transport der Instrumente ins Hochgebirge hinein empfindliche Teile zu Schaden kommen und erst zu reparieren sein würden. Darum begleitete auch ein Feinmechaniker die Expedition und die Vertretung der bekannten rheinischen Firma Schieper-Bemsch in Bonn stellte ihr eine Drehbank zur Verfügung. Das Expeditionsgut bestand aus etwa siebzig Kisten im Gesamtgewicht von mehr als 15 000 kg, darunter außerordentlich schwere und sperrige Kisten bis zu 1½ Tonnen Gewicht. Es wurde in Belawan-Deli, dem Hafen von Medan, ausgeschifft und an der Küste entlang per Boot bis Birreuen, einer kleinen Küstenstadt in Atjeh, verfrachtet. Hier mußte alles in Lastautos verladen werden, um eine steile Gebirgsstraße hinauf mehr als 100 Kilometer weit über Höhen von 1400 Meter nach Takengon befördert zu werden. Dieser schwierige und gefährliche Transport, mitten durch den fast unbewohnten Urwald Sumatras, gelang, ohne, daß auch nur irgendein wesentlicher Teil eines der drei Instrumente oder eine der großen photographischen Platten Schaden gelitten hätte. Wir danken dies nicht nur der umsichtigen Organisation des Transportes durch die niederländisch-indischen Behörden und Militärs in Medan und Takengon, sondern auch der großen manuellen Geschicklichkeit der Soldaten, hauptsächlich Javanen und Menadonesen, die das Verladen der Kisten auszuführen hatten.

Im Laufe von einer Woche befand sich alles Expeditionsgut in Takengon, einer ganz ansehnlichen Gasse-Niederlassung am Tawar-See, 1200 Meter hoch im Gebirge. Die sechs Teilnehmer der Expedition fanden Unterkunft im Palongrahan „Laut Tawar", einem staatlichen Rasthause, das der Expedition für die Dauer ihres Aufenthaltes zur Verfügung gestellt wurde und wo est ihren eigenen Haushalt führte. Ein javanischer Mandur mit seiner Frau, die das Kochen des Mittagessens übernahm, ein junger Diener aus Atjeh und ein javanischer Bahu jungen unter Aufsicht der weiblichen Expeditionsmitglieder für uns sorgte leibliches Wohl. Unser Haus bot neben der genügenden Zahl von Schlaf- und Wohnzimmern auch noch Raum für Werkstatt, Laboratorium und Dunkelkammer. Nach Osten zu breitete sich vor uns der See aus, von hicht bewaldeten Bergen eingefaßt, in seiner größten Ausdehnung etwa 16 Kilometer lang. Man hätte sich an einen der oberitalienischen Seen versetzt denken können, hätten uns nicht die von tropischem Urwald bedeckten tiefverinnen Berge, aus denen das laute Geschrei der schwarzen Gibbons — Siamangs — jeden Morgen erschall, eines anderen belehrt. Hinter unserem Hause nach Westen zu setzte der Blank-Kolak an, eine leicht gewellte Hochfläche, nicht bewaldet, sondern Weidepfaf für Hunderte von kleinen Gajosperden, die ohne jegliche Aufsicht, fast verwildert, bei gut grasen und in den ersten Mondsichtmächten, bei unruhigt durch unsere Gegenwart, in ansehnlichen Herden über die kahlen Höhen an uns vorbei tobten. Noch wenige Monate vor unserer Ankunft hatte sich nachts ein Tiger bis hierher gewagt und hatte zwei Pferde zerrissen.

Auf diesem Blank-Kolak richteten wir unser Beobachtungsfeld ein; nicht weit von uns die amerikanische Expedition, mit der wir dauernd in engster Fühlung standen. Jeden Morgen rückte eine Brigade der Garnison — dort 16 Mann stark — an uns half uns bei dem Verladen und Oeffnen der Kisten. Eine Anzahl junger Mauter mußte erst aus Kho-Seumane, etwa 160 Kilometer von Takengon entfernt, geholt werden, um unser Aufsicht der B. C. W. — der niederländischen Bauverwaltung, die uns ihre Unterstützung in hohem Maße zur Verfügung stellte — die erforderlichen Fundamente für die Fernrohre zu betonieren. Es waren winzigkleine Mataen aus Padang an der westlichen Küste Sumatras mit seinen, zarten Kinderhänden und ebenso geschickten Arbeitsgeräte, die aber mit größter Geschicklichkeit und Geschwindigkeit ihre Arbeit vollendeten. Junge Hilfskräfte unter den Gajos, den eigentlichen Bewohnern des dortigen Landes, liefen sich nur für Grabarbeiten, für das Anrühren des Zementes zum gewinnen. So waren schon Mitte Mai die Fundamente vollendet und die eigentliche Montagearbeit konnte beginnen. Auch die zerlief ohne Störungen; Ende März bis Anfang April standen die Fernrohre zur Beobachtungsarbeit bereit unter ihren Zelten, die auch aus Deutschland mitgebracht worden waren.

Man sollte also meinen, daß die Dauer des Aufenthaltes der Expedition an Ort und Stelle hätte kürzer angesetzt werden können, nachdem natürlich notwendige Reisen erhört worden wären. Aber abgesehen davon, daß natürlich nicht immer mit dem günstigsten Fall gerechnet werden darf, daß keine Reparaturen erforderlich werden, hat gerade der Verlauf dieser Expedition gelehrt, durch welche unkontrollierbaren Faktoren die Ergebnisse der Expedition beeinflußt werden können. Auch im Falle dieser Expedition wurde die lange Vorbereitungszeit vor der Finsternis die conditio sine qua non für einen Erfolg.

Wir hatten Takengon zum Standort für die Expedition gewählt, weil die Gelegenheit, eine Finsternis in 1200 Meter Höhe zu beobachten, dazu eine solche von fünf Minuten Dauer für viele Jahre sich nicht wieder bietet. Es war zu hoffen, daß, falls es in diesen kritischen fünf Minuten klar sein würde, man mit ungewöhnlich guten Beobachtungsbedingungen in der klaren Luft des Hochgebirges rechnen konnte. Zugleich hatten meterologische Wahrnehmungen, die während der zwei der Finsternis vorangehenden Jahre in Takengon von dem dort lebenden Stabsarzt mit seiner Frau auf Bitten des meterologischen Observatoriums in Weltevreden vorgenommen worden waren, eine relativ günstige Prognose für die Zeit der Finsternis — mittags um 1 Uhr — ergeben; so günstig wie sie überhaupt um diese Zeit des Tages in den Tropen sein kann, wo die Wolkenbildung immer um die Mittagszeit schon beträchtlich ist.

In der letzten Zeit unseres Aufenthaltes gestaltete sich in der Tat auch die Wetterlage durchaus so, wie die Statistiken der vorangehenden Jahre es erwarten ließen. Nach einem fast regelmäßig klaren Frühmorgen stieg mit zunehmender Erwärmung bei der unerhört intensiven Sonnenstrahlung von allen Seiten schweres Gewitterwolkl auf; doch blieb gewöhnlich bis zur Mittagsstunde der Zenit wolkenlos, so daß um die Zeit der Finsternis die Sonne oft noch nicht von den Wolken erreicht war. In den Nachmittagsstunden setzte dann häufig Regen ein, auf den nach Sonnenuntergang wieder Aufklärung folgte.

So hatten wir nach Abschluß der Montagearbeit gleich in den ersten Nächten Gelegenheit, mit den astronomischen Beobachtungen zu beginnen und da prinzipielle Schwierigkeiten dieses mal, nachdem wir schon in Potsdam die Instrumente hatten sorgfältig erproben können, nicht auftraten, so konnte der wesentliche Teil der erforderlichen astronomischen Arbeit abgeschlossen werden, bevor der Wetterumschlag einsetzte, der fast jede weitere Beobachtungstätigkeit illusorisch machte. In den klaren Morgenstunden hatten wir öfters Gelegenheit, die feine Schärfe der Venus in unmittelbarer Nähe der Sonne zu beobachten und uns davon zu überzeugen, wie ausgezeichnet die Luftverhältnisse in solchen Höhen sind. Nicht als ein schwer erkennbares, infolge der Luftunruhe dauernd wallendes und darum unscharf umrissenes Gebilde erschien die Venus, sondern in unserem Klima der Fall sein würde, sondern klar und scharf umrissen, eine Erscheinung, die bei den Einwohnern des Landes, die bremendes Interesse an unserer Tätigkeit nahmen, unerhörtes Aufsehen erregte.

Aber je näher der Termin der Finsternis heranrückte, um so ungünstiger gestaltete sich die Wetterlage. Am Tage vor dem Anfang April die Montage beendet gehabt, so hätten wir wahrscheinlich bis zur Finsternis nicht mehr genügend viele klare Beobachtungsstunden gehabt, um die Justierung der Fernrohre zu vollenden. Schon Ende April war das Wetter anderseits hoffnungslos klar, so daß wir, um ein Gleiches zu erreichen, zu „Kentering", d. h. den Umschlag des Monsuns zum Südwestmonsun, unter dem die Wetterverhältnisse wieder günstiger werden. Darum trösteten uns die holländischen Freunde in Takengon damit, daß gerade diese falsche Phase vor der Finsternis dieser Jahreszeit eigentlich immer die härter und schwerer die Regenfälle waren, desto mehr Hoffnungen machten sie uns auf einen klaren Mai. Nur mit der allergrößten Mühe gelang es uns, jeder Wolkenlücke oder kurzen Aufklärung aufzunehmen, die Vorbereitungen so weit zu fördern, daß wir mit einem gewissen Maß Sicherheit und das Verlassen auf die Instrumente die Finsternis erwarten durften.

Am ersten Mai sollte das Einexerzieren des Beobachtungsprogramms für die fünf Finsternisminuten, gemeinsam mit den Mitarbeitern einsetzen, die sich uns aus der holländischen Kolonie in Takengon zur Verfügung stellten. Wir benutzten den ersten Tag, um den Mitarbeitern die Instrumente, die uns Voraus gekommen waren, noch weitere sechs Hilfskräfte, um die Arbeit des Einzelnen während der kritischen fünf Minuten auf das mindeste zu beschränken. Einerseits ist es natürlich das Bestreben jeder Expedition, während der kostbaren Minuten ein möglichst umfangreiches Programm zu absolvieren, andererseits darf die Sicherheit der Beobachtungen aber nicht dadurch beeinträchtigt werden, daß dem Einzelnen während dieser aufregenden Augenblicke zu viel zugemutet wird. Zugleich muß aber wiederum darauf geachtet werden, daß nicht durch das Hinzutreten weiterer Personen die Arbeit der Einzelnen zu sehr gefährdet wird, was um so eher eintritt, wenn die Arbeit zu stark in Einzelhandlungen aufgelöst wird. Ferner muß die Arbeit der verschiedenen von einander völlig unabhängig arbeitenden Fernrohre doch in gewisser Weise zusammengeschalten werden; denn für alle gemeinsam ist der Zeitpunkt des Beginnens und des Aufhörens der Beobachtungen, und alle sind in gleicher Weise daran interessiert, in jedem Augenblick zu wissen, wie lange die Totalität schon andauert,

Die Stunde der Frankfurter Zeitung
Programm für Donnerstag, den 11. Juli 1929, 19.50 Uhr
„DIE GESCHICHTE VON KWEI TSCHU" VON AGNES SMEDLEY
SPRECHER: E.C.

daß regelmäßig Exekutionen von Männern und Frauen stattfänden und daß manchmal, wenn sie im Bündel zusammenbindet und in den Fluß wirft.

Die Ausländer in China verfolgen eine doppelte Politik. Einerseits hängen sie mit all ihren Kräften an jedem Privileg, das sie besitzen, sei es, es spricht oder unspricht. Sie wünschen nichts an China abzutreten, und sie drängen sich in jede Breche, die sie in das Aufbauwerk der Nationalisten schlagen können, sei es mit Kriegsschiffen, mit Maschinen oder die Regierung oder auch mit einer zweifelhaften Freundschaft. Als Schiang Kai-schek z. B. Hankau einnahm, waren es nicht die Massen des Volkes, die ihn willkommen hießen, sondern die britische Handelskammer, das britische Konsulat und die chinesische Bankenvereinigung und Handelskammer. Es ist bezeichnend, daß die chinesischen Regierungsbeamten mit den Ausländern gegen jede Massenbewegung zusammen, und es ist mehr oder weniger ein Zufall, welche der beiden Seiten diese Politik grimmiger verfolgt. Es ist ein offenes Geheimnis, daß für gewisse Kreise in Nanking der Gedanke der Nankinger Regierung es zu einer Bedingung für ihre Anerkennung und Anbetterei machen, daß die Arbeiterbewegung verrichtet werde oder vorgeschickt werden muß, um antiausländischen Plan mit der Bildung von „Werkgemeinschaften". Die Frederick Whyte, der politische Berater der Nankinger Regierung, war einer der Stützen der kritischen Propaganda in Indien, und in seinem Buch über China sagt er frei heraus, daß jetzt für England die Zeit gekommen sei, seine „verlorene Gelegenheit" in China wieder zurückzugewinnen. Die englische Presse freilich ist ganz anderer Meinung und stellt aufsehrlich wie die „Nieder mit dem Imperialismus" von den Mauern Hankings entfernt worden seien.

Ob richtig oder nicht, man hat den Eindruck, daß China ein rauschender Ballsaal ist und daß Nanking genau auf seinem Gipfelpunkt steht. Die weitergehenden Aufbauplänne der Regierung sind lediglich Pläne für die Zukunft. Die Regierung zeigt kommen Millionen hilfloser Bauern durch Hunger um, während die Generäle um ihrer Macht willen Kriege führen. Trotz aller Arbeitergeschreie, von denen es heißt, daß sie „die Grundlage bieten, um Arbeitskämpfe in Zukunft unmöglich zu machen", ist die Arbeiterbewegung, daß die Bauern und Arbeiter schlechter leben als die Tiere auf den Feldern. Revolutionen und Gesetze sind in China ein und dasselbe. Die Wirklichkeit sieht anders aus. Die Wirklichkeit ist, daß kleine Kinder — nur nicht von den Männern und Frauen zu reden — jahrelang für einen Dollar monatlich arbeiten müssen, unter Bedingungen, die kaum ein Tier ertragen könnte, und dabei mit einem Lohn auskommen, der wohl kaum dazu ausreichen würde, ein Tier am Leben zu erhalten. Ihre Häuser sind Schweineställe. Und was die Bauern betrifft: Ich hin tagelang durch das Kanalsystem gegangen, das die Bauern von Chinas. Inmitten der grünen Felder liegen die schlammigen Dörfer der Bauern; der Schmutz und die Armut sind nicht zu beschreiben. Kilometerweise gehört z. B. um Schanghai herum das Land reichen Kaufleuten, Bankiers und Warenmaklern, während die Bauern in ihren elenden Gehöften leben und arbeiten müssen, wie die Tiere leben. Die Bauerngewerkschaften, die früher verschwanden, das Bauernproblem zu lösen, sind aufgelöst worden, während heute die Verbände der Landbesitzer Hand in Hand mit den französischen Behörden arbeiten, um die Erhebung ihrer Pachtzinsen gegenüber den Bauern zu erzwingen. Die Schulden der Bauern an die Landeigentümer gehen von einer Generation auf die andere über, was einer Art von dauernder Sklaverei gleichkommt. Die Bauern, die Pächter sind, zahlen jedoch bis achtzig Prozent ihrer Einkommensteuer an Nanking, und es gibt Plätze in China, wo sie überhaupt nur um ihren Unterhalt und Unterkommen arbeiten. Regierungsbeamte im Nankinger Ackerbauministerium haben mir erklärt, daß es noch Jahre und Jahre brauchen werde, um ein so ernstes Problem wie das Landproblem zu lösen — und daß zu allem Übel die Bauern „erzogen" werden müßten, bei dem Elend des bäuerlichen Lebens gibt es wohl weder Zeit noch Muße noch Neigung für eine „Erziehung". Ihr Leben ist eine einzige trostlose Kette von Geburt, Arbeit und Armut, Krankheit und Tod — wobei der Kindermord noch eine brutale nützlichstliche Notwendigkeit ist. Die überzähligen Söhne werden in die Armee und in die Fabriken abgeschoben — die Töchter aber . . . nun, jedes Dorf in China zeigt merkwürdigerweise einen Ueberschuß an männlicher Bevölkerung . . .

Die Revolution ist beendet, so erzählt es die herrschende Partei dem Lande kaum, daß es ist. Hier in China merkt man nicht übergangender Klarheit, daß es nicht die politischen Faktoren und nicht die Worte sind, die die Ereignisse bestimmen. Nanking und die Fremden sind sich beide darin einig, jeden Aufstand niederzuschlagen. Sie erklären, die Kommunisten seien Banditen und die Leute vom linken Flügel der Kuomintang seien Kommunisten, und sie meinen, daß es nur eine Art gäbe, mit Kommunisten zu verfahren. — Es scheint, daß die revolutionären Bauern in den verschiedenen Teilen des Landes, die nichts von Kommunismus wissen und nur auf Grund der Ereignisse selbst urteilen, keine Nennung kommunistischen Ideen haben. Ihr Aufstand ist mehr einer von Sklaven. Doch die Bauern und Arbeiter leben in Erinnerung, daß Streiks zu den Zeiten jener führen können, die an der Macht sind — und ob wir es wahr haben wollen oder nicht, es ist die Erinnerung an die Wuhan-Regierung. Wo immer man in China sich aufhält, mit wem immer man spricht, seien es Arbeiter oder Bauern oder auch Beamte, Wuhan lebt überall als der Ausgangspunkt ihrer Hoffnungen. Bei den Beamten sind einige dagegen, anderer dafür. Diese Tatsache zu verkennen, wäre die Verkennung der Bedeutung der Ereignisse von heute und in Zukunft in China. Die Frage lautet: Kann heute eine Erinnerung auslöschen, und wenn ja — auf wie lange kann man es?

Der Dokumentenfälscher-Prozeß.

Zeuge Siewert erscheint nicht vor Gericht. — Schluß der Beweisaufnahme.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

☆ **Berlin**, 10. Juli. In dem Prozeß gegen die russische Dokumentenfälscherzentrale wurde heute die Beweisaufnahme abgeschlossen. Zu Beginn der Sitzung des Reichsgerichts stellte sich heraus, daß der Zeuge Harald Siewert nicht erschienen war. Er hatte dem Gericht in einem Schreiben mitgeteilt, daß er nicht erscheinen könne und daß er sich in vorübergehendem Asyl befinde. Gleichzeitig hatte er ein Attest des Privatdozenten Dr. Kronfeld eingereicht. Darin stellt Dr. Kronfeld mit, daß ihm Siewert von dem Gerichtsarzt Dr. Strauch zur Untersuchung überwiesen worden sei. Siewert habe angegeben, daß er in den letzten Nächten nicht mehr habe schlafen können. Gestern habe er einen heftigen Zusammenbruch erlitten, bei dem die Sehfeld verloren habe. In physischer Hinsicht bestehe Sehnert ein „Zustand akuter Erschöpfung des Nervensystems". Er bedürfe nun absoluter Ruhe für die Zeit von drei Wochen und sei daher nicht verhandlungsfähig.

Als Sachverständiger Dr. Strauch erklärte, daß eine längere Unterredung zwischen dem Vorsitzenden und den Verteidigern über die Frage, ob auf den Zeugen Siewert verzichtet werden könne, stattgefunden habe. Es sei ihm aus der Unterredung klar geworden, daß Siewert nicht in der Ausschaltung spielte die Tatsache, daß Siewert nach nicht bereitet werden könne. Sachverständiger Dr. Strauch bestätigte, daß Siewert dem Gericht das Attest Dr. Kronfelds gebracht habe.

Staatsanwalt Röhler gab dann folgende Erklärung ab:

„Nach meiner Meinung ist eine Abtrennung des Falles Siewert nicht nötig. Gegen die Glaubwürdigkeit des Siewert ist schon allerhand Belastungsmaterial vorgebracht worden und voraussichtlich würde heute noch mehr dazu kommen. Insofern dessen glaube ich nicht, daß ich gegen die Ausführungen im Falle Siewert Beweis führen kann; wird daher zu einem negativen Ergebnis kommen, so daß nur noch der Fall Knickerbocker übrig bleiben würde, um die Angelegenheit zu erledigen."

Rechtsanwalt Dr. Zeiß teilte heute mit, unter den russischen Emigranten werde behauptet, daß Siewert stets die ihm unbekannten Personen bei den Behörden als Lockspitzel der Sowjetregierung bezeichnete. Dieser Vorwurf werde gegen Siewert wegen Verleumdung gerichtlich vorgehen.

Dr. Zeiß legte weiter einen

Brief des Dr. Karl Kindermann

aus Eppingen in Baden vor, worin sich Dr. Kindermann über gewisse Erfahrungen in dem Studentenprozeß in Berlin ausspricht. Dr. Kindermann erklärt, seine Zeitung Nachtrag mit Kindermann erklärt, sein Mitangeklagter von Dittmar ist in Berlin kein Agent der G. P. U. gewesen, dagegen habe er nach seiner Verhaftung durch die Methoden der G. P. U. gezwungen, in den Dienst der G. P. U. zu treten. Dittmar habe Kindermann hätten es Teilseiler und Zegoda nach einer Rücksprache mit Tscherfinski, dem Leiter der G. P. U., für gut gehalten, eine ganze Reihe falscher Dokumente herzustellen, um den Studentenprozeß besser vorzubereiten. Dittmar sei dann heimlich seinem „Genossen" geheim erschossen worden.

Dr. Zeiß erklärte weiterhin, er behalte sich vor, Kindermann als Zeugen beführsuchen. Auch, wie der Angeklagte Orloff behauptet habe, es von Trefseiler in Rußland selbst gefälschte Dokumente gebe, die von den Bolschewisten ein Gerücht zu ihrer Zwecke verbreitet würden. Orloff habe außerdem bereits erklärt, daß Brief russischen Ursprungs wiederholt über Moskau geleitet worden seien, was nur durch Untreue der kommunistischen Partei angeblicher Spitzelamten habe geschehen können. Die Verteidigung sei in der Lage, dem Gericht Briefe vorzulegen, die bewiesen, daß die Stempel Moskau trügen und zu beweisen, daß tatsächlich solche Briefe über Moskau geleitet worden seien.

Noch mehrere Ausdeinanderesetzungen zwischen Verteidigung und Staatsanwaltschaft einigte man sich schließlich dahin, auf die Vernehmung der Kriminalkommissare Heller und Dr. Bruschwitz sowie aller anderen Zeugen zu verzichten und nunmehr in die Verlesung von Briefen und Dokumenten russischen Obersten Wassiliefff zu vernehmen.

Regierungsrat Bartels

gab an, daß er im Jahre 1928 deutscher Handelsattaché in Petersburg gewesen sei. Damals sei er auf Orloff aufmerksam gemacht worden und habe ihn veranlaßt, mit dem deutschen Generalkonsulat zu Informationszwecken in Verbindung zu treten. Orloff sei damals als angeblicher Tschekist bei den Sowjetbehörden tätig gewesen und habe wertvolles Material über die tschekistische Organisation und Methoden geliefert. Als seine Tätigkeit herausgekommen sei, sei er mit großen Schwierigkeiten durch das Generalkonsulat gerettet worden. Er sei dann für die deutsche Regierung nach Berlin und von dort weiter nach Südrußland gegangen. Während seiner Tätigkeit in Rußland habe er nie Geld gefordert oder erhalten. Als Orloff dann nach Deutschland gekommen sei, sei er dem ihm Bericht, bei mitgebrachten Arbeiten hinzugezogen worden, so z. B. beim mitteldeutschen Aufstand und beim Ruhraufstand. Er habe dann auch dem Staatskommissariat für Öffentliche Ordnung in jeden materiellen Fall Angaben gemacht, die der Nachprüfung standgehalten hätten.

Orloff habe seine Dienste unentgeltlich geleistet,

nur innerhalb der Jahre 1921 und 1923 habe er um Gefälligkeiten gebeten, wie Aufenthaltsgenehmigungen usw., die er als Ausländer gebraucht habe. Wiederholt habe Orloff dem Staatskommissariat wertvolle Dienste geleistet, indem er es über Unruhen informiert habe, die sich erst ereignen sollten. Gelegentlich habe er auch falsches Material überbracht; wenn er aber darauf aufmerksam gemacht worden sei, sei er der Sache eifrig nachgegangen und habe die Fälschungen aufgedeckt.

Oberst a. D. Wassiliefff

hatte Paploworski nach seiner Flucht von der russischen Botschaft zum Bureau Siewert gebracht. Auf eine Reihe von Fragen des Verteidigers Dr. Boeslers Motiven und wirklich sehr sonderbarer Gebahrdeit habe, konnte der Zeuge keine näheren Angaben machen.

Im Einverständnis zwischen Staatsanwalt und Verteidigung wurde dann die Verlesung von Briefen und Dokumenten fortgesetzt. Der Pressechef der russischen Botschaft Dr. Stern verlas einen Brief, den er gegenüber den Behauptungen des Sachverständigen Dr. von Voß an das Gericht geschrieben hat. Dr. Stern stellt darin in Abrede, irgend einen Verkehr mit Siewert zu haben, das Gutachten des Dr. von Voß zu bestreitsen. Bei dem Besuch des Sachverständigen in der Botschaft, um den Dr. Voß selbst darin in Abrede, sei auf Veranlassung des Botschafters jede Unterhaltung, über die Prozeßmaterie vermieden worden. Auf die Bitte des Sachverständigen, ihm doch Informationen über den Prozeß zu überlassen, sei er, Dr. Stern, auf Anweisung des Botschafters nicht eingegangen.

Morgen vormittag werden die Plädoyers beginnen.

Endlich Nachricht vom „Antin Bowler".

Chicago, 10. Juli. (United Press.) Von dem Chicago-Berlin-Flugzeug „Antin Bowler", dessen Verbleiben für einige Zeit unbekannt gewesen war, ist bei der „Chicago Tribune", der Eigentümerin des Flugzeuges, ein Funkspruch eingelaufen, in dem gesagt wird, daß der „Antin Bowler" am Montag um 6 Uhr in Port Burwell landete, nachdem er zwei Tage vergeblich gegen den Sturm angekämpft hatte. Der Meldung heißt es weiter, daß die Piloten beabsichtigen, noch heute den Flug Montreal-Chicago fortzusetzen, wenn das Flugzeug in Ordnung sei noch immer unzünftig, aber der Motor scheine sich langsam zu sätten. Trotz dieser Meldung scheint es noch immer nicht aufgeklärt zu sein, wo sich das Flugzeug inzwischen aufgehalten hat, denn ein Bericht aus Port Burwell besagt, daß der „Antin Bowler" zwei Nächte und einen Tag in Ungava Bay geblieben sei, weil der dichte Nebel einen Weiterflug unmöglich gemacht habe. Nach dieser Meldung ist

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 10. Juli. Wie schon mitgeteilt, hat gestern der sechste Zivilsenat des Reichsgerichts als Schiedsrichter in dem zwischen der preußischen Regierung und dem Landgrafen von Hessen schwebenden Streitverfahren über die Auszahlung der Rentenanspüche das vom Reichstag beschlossene Sperrgesetz, soweit es sich um Schiedsgerichtsvereinbarungen handelt, für ungültig erklärt, weil es nicht mit verfassungsänderender Mehrheit angenommen worden sei. Im Hinblick auf diese Entscheidung wird nunmehr, in Bestätigung unserer früheren Mitteilungen, von zuständiger Stelle nochmals offiziell folgendes festgestellt:

„Der Reichspräsident, der nach der Verfassung verpflichtet ist, die verfassungsmäßig zustandegekommenen Gesetze auszufertigen und zu verkünden, hat angesichts der im Reichstag geäußerten Zweifel über die Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes vor dessen Unterzeichnung Veranlassung genommen, die Frage der Verfassungsmäßigkeit einer besonderen gerichtlichen Prüfung zu unterziehen. Er hat demgemäß den Reichskanzler um die Herbeiführung einer Stellungnahme der Reichsregierung ersucht und dabei den Wunsch geäußert, es möge ein Urteil nicht eines unbeteiligten angesehenen Juristen eingeholt werden. Das Reichskabinett hat nach Einholung einer gutachtlichen Äußerung des Oberreichsanwalts a. D. Professor Ebermeyer, der die Frage der Verfassungsmäßigkeit des Sperrgesetzes bejaht hat, und nach eigener erneuter eingehender Prüfung sich ebenfalls einmütig dahin geäußert, daß das Sperrgesetz nicht verfassungsmäßig und daher verfassungsmäßig zustande gekommen sei. Daraufhin hat der Reichspräsident das Gesetz vollzogen."

Die gestrige Entscheidung in Leipzig ist nicht vom Reichsgericht als solchem, sondern, was bemerkenswert ist, von einem seiner Senate in der Funktion eines Schiedsgerichtes getroffen worden. Sie hat mit der Beweisfrage den Charakter eines höchstrichterlichen Erkenntnisses, wie es ja bei Reichsgerichtsurteilen gesprochen hätte. Natürlich muß sich jetzt sowohl die preußische Regierung wie die Reichsregierung eine alsbaldige endgültige Klärung der Streitfrage angelegen sein lassen.

Nach der Annahme des Konkordats.

Ein Schreiben des Prälaten Kaas an die Landtagsfraktion des Zentrums.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✠ **Berlin**, 10. Juli. Der Vorsitzende der deutschen Zentrumspartei, Reichstagsabgeordneter Prälat Kaas, richtete aus Anlaß des Abschlusses des Konkordats zwischen dem preußischen Staate und dem Heiligen Stuhle an die Landtagsfraktion des Zentrums ein Schreiben, dem wir die folgende Stelle entnehmen:

„So schmerzlich es für die Mitglieder des Zentrums als Christen und Katholiken sei, daß es nicht möglich gewesen wäre, ihrer grundsätzlichen Stellungnahme entsprechend auch für die religiöse Seite der Schulfrage in den Kreis der verfassungsrechtlichen Sicherungen einzubeziehen — da somit eine Mehrheit für den Gesamtvertrag nicht zustande gekommen ist —, so ist doch eine Klarheit gewonnen, in dem vorliegenden Konkordat einen erfreulichen Fortschritt gegenüber den bisherigen Rechtsverhältnissen zwischen Staat und Kirche und eine bedeutende Annäherung an die von der Kirche zu beanspruchende Freiheit zu erblicken.

Beschleunigte Abschaffung der Fideikommisse in Hessen.

Demokratische Initiative.

(Privattelegramm der „Frankfurter Zeitung".)

✕ **Darmstadt**, 10. Juli. Die demokratische Landtagsfraktion hat folgenden Antrag bei der hessischen Regierung eingebracht: Die Regierung wird ersucht, den bei der Landtagsfraktion des Zentrums vom 11. November 1928 über die Auflösung der Familienfideikommisse dem Landtag einen Gesetzentwurf zur Beschlußfassung vorzulegen, der ein Erlöschen sämtlicher noch in Hessen bestehenden Fideikommisse oder sonstiger Zusammenfassungen einer Familie noch bestehenden Bindungen von Gütern bis spätestens zum 1. April 1935 vorsieht. Als Gründe werden angeführt: die Auflösung der Fideikommisse und Familienverbände liegen sich neben jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen noch Jahrzehnte lang hinziehen. Es wird dadurch ein Zustand ermöglicht, der aus rechtlichen, wirtschaftlichen und staatspolitischen Gründen durchaus unerwünscht ist. Weiterhin hat bekanntlich neuerdings der Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, der die restlose Beseitigung aller Fideikommisse und Stammgüter bis zum 1. April 1935 vorsieht. Es erscheint geboten, daß Hessen alsbald die gleiche Regelung trifft.

Vermischte Nachrichten aus Germersheim.

Notzuchtsversuche in Germersheim.

✠ **Ludwigshafen a. Rh.**, 9. Juli. (Priv.-Tel.) In Germersheim wurde am Sonntag auf der Straße außerhalb der Stadt eine Dame von einem französischen Neger-Kolonialsoldaten überfallen, der sie zu vergewaltigen versuchte. Vorübergehende Einwohner hielten ihn von seinem Vorhaben ab und verfolgten die Täterin. Zur Raubmordtat wurde jetzt bekannt, daß der Verdächtige wie von der französischen Behörde eine Untersuchung eingeleitet.

✠ **Ludwigshafen a. Rhein**, 10. Juli. (Priv.-Tel.) In Germersheim hat sich am letzten Sonntag ein neuer Zwischenfall zugetragen. Ein 16jähriges Dienstmädchen wurde auf dem Heimweg zur Kirche von einem französischen Soldaten angefallen. Nur der kräftigen Gegenwehr des Mädchens, gelang es, sich noch einigen Minuten erbitterten Kampfes zu befreien.

Ein Wiederaufnahmeverfahren.

✠ **Berlin**, 9. Juli. (Priv.-Tel.) Für den 22jähr. Landwirt Hermann von den Dielingen, der, wie bekriebt, wegen Ermordung der Emma Hoge zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war, hatte Rechtsanwalt Dr. Grünau (Berlin) bei Gutachten von Professor Berthold Kraft (Geh. Rat Straßmann, Med.-Rat Dyrenfurth und Prof. Steinbiß eingereicht. Die Gutachten waren zu dem Ergebnis gelangt, daß der Tod der Hoge auf natürliche Ursachen zurückzuführen sei und daß mithin ein Beweis für ein Verbrechen nicht vorliege. Jetzt hat das Landgericht Osnabrück die Berliner Gutachten für eine entscheidende Grundlage für das Wiederaufnahmeverfahren erklärt und angeordnet, daß die Gerichtsärzte von Berlin und Hannover gerichtlich vorgeladen werden sollen. Die Sachverständigen sollen alsdann ein erneutes schriftliches Gutachten erstatten und beeidigt werden.

Schweres Autounglück in Berlin. Auf der Chaussee von Hohenschönhausen nach Weißensee stieß ein von dem Kaufmann Walter Hertel gelenktes Auto in eine Gruppe von Arbeiterinnen und verletzte drei Frauen schwer. Die Insassen Franz Rosa Gollnitz ist bei ihrer Einlieferung ins Krankenhaus gestorben.

Geschwaderübung der deutschen polnischen Geschwaderübung. In Danzig, in der Nähe von Lemberg, explodierte bei einer Geschützübung das 24. Artilleriegeschwaderis ein Geschütz. Zwei Soldaten wurden auf der Stelle getötet, drei schwer verwundet.

Ein holländisches Militärflugzeug in der Nordsee gestürzt. Blättermeldungen zur Haag zufolge ist Dienstag nachmittag bei Huisduinen ein Militärflugzeug aus großer Höhe in die Nordsee abgestürzt, wo es sofort in Brand geriet. Beide Insassen, Leutnant und ein Sergeant, fanden hierbei den Tod. Die Leiche des Sergeanten, der bei dem Aufprall auf dem Wasser einen Schädelbruch erlitt, konnte geborgen werden.

Explosion an Bord eines Dampfers. Aus Lissabon gemeldet wird, daß der spanische „Kapitän Cantena" 20 Meilen von Kap Pena entfernt, infolge einer Kesselexplosion gesunken. 6 Mann der Besatzung wurden getötet, ebenso viele verletzt; ein Mann wird vermißt.

Ein Millionenraub. 9. Juli. (Priv.-Tel.) Der Angestellte der Nassauischen Landesbank Wolf, der für eine ihm bekannte Firma 100 Mark abheben sollte, hob den Betrag von 6000 Mark ab und schiffte sich auf dem Dampfer „Thuringia" nach Kanada ein. Die Wiesbadener Kriminalpolizei erfuhr auf dem ihr vorgeschriebenen Weg einen Haftbefehl als Fluchtgrund, woraufhin Wolf auf dem Schiff festgenommen wurde. Er wird jetzt zu seiner Aburteilung hierher transportiert.

AUS WELT UND LEBEN

Ramona.. ein Plagiat?

Der französische Komponist Joseph Vanderoin kam kürzlich nach Mädagiscar Aufenthalt in Madagaskar nach Paris zurück. Da er regelmäßig Abonnent der Liederspielhalle seiner Pariser Zeitungen las, hatte er wohl von dem Triumphe eines Werkes namens „Ramona" gehört, ohne jedoch die Musik zu kennen. An einem der ersten Tage nach seiner Heimkehr begab er sich mit einigen Bekannten im Kaffeehaus. Das Orchester spielte moderne Weisen. Es interessierte ihn als einstigen Mann von Fach. Plötzlich horcht er verzückt auf, und als der Kapellmeister den Kultschlager ankündigte, begrüßte er ihn mit lauter Freude über die vortreffliche Wiedergabe seiner Symphonie Andrana zu geben. „Sie irren sich," sagte lebhaft der Kapellmeister. „Das kommt ja gerade aus Mädagiscar." „Sie irren sich!" versicherte die Komponistin Mabel Wanne". „Nein, aber das war nicht aus „Ramona", sondern ist meine Symphonie in ut mineur, die ich im Jahre 1907 verfaßt habe." Der Kapellmeister entschuldigte sich, es sei ihm nun auch gleichgültig, daß aber Vanderoin bleibt dabei, daß Mabel Wanne seine Symphonie tongetreu in ihre „Ramona" aufgenommen habe, und weist nach, daß ihm die Melodie zu Beginn des Liedes ein ungefähres gewissenhaft genommen Cornet Rouge — Rouge war der Name des Dirigenten, und seine Kongrete wurden gleich nach den Concerts Colonne und Lamoureux genannt —, mit großem Erfolg gespielt wurde. Ihr Werk einen Prozeß anfangen, daß sich ihre Symphonie mit seiner Kollegin in Verbindung setzen, da das Menuett von „Ramona" eine genaue Wiedergabe seiner Symphonie sei. J. L.

Peinliches Mißgeschick.

Ein Malermeister in Teterow in Mecklenburg hatte bei einem Großgrundbesitzer seit Jahr und Tag ein Gutshaus für gestreute Arbeit. Wurde er wegen Bezahlung vertröstet, dann erhielt er regelmäßig die Mahnung, daß man dann Geld zum Leben hätte und zum größten Bedauern Rechnungen an Handwerker und Lieferanten nicht zahlen könne. Unbliebenweise wurde daran der Verfrain eingeladen, daß daran die Mißwirtschaft der Regierung schuldig sei. Nach Jahr und Tag wurde der Gutsherr auf den Malermeister in Teterow und verlangte Bezahlung für gelieferte Farben. Der Malermeister mußte nun einen Weg, nämlich Geld zu pumpen, für den Betrag, den der Gutsherr, ohne das Oppositionsgeschäft zu erwähnen, ihm doch jetzt die Schuld zu bezahlen. Als Antwort hörte er wieder die Jeremiade von der Not der Landwirtschaft und daß der Gutsherr seinen Pfennig Geld nicht habe, daß er aber entgegenge jetzt der Malermeister und zog das Leihgeschäft des Gutsbesitzers aus der Tasche. Der Gutsbesitzer sah daraus den Schluß, daß auch die Handwerker nicht mehr unterzusammen, daß sie Geld haben; gleichzeitig aber sah er sich genötigt, die 800 Mark Schulden an den Malermeister zu bezahlen. Mdg.

Der Sport

Hervorragende Besetzung der Großen Mainzer Regatta.

(Eigener Bericht der „Frankfurter Zeitung".)

el Mainz, 10. Juli. Seit Jahrzehnten schon steht die Große Rennen des Mainzer Rudervereins im Mittelpunkt der Rudersportjahren des großen rheinischen Stromgebiets. Die diesjährige 46. Mainzer Regatta hat über die Erwartungen binaus ein ganz hervorragendes Gepräge erhalten. Es waren nicht jetzt nicht nur zahlenmäßig, sondern vor allem hinsichtlich der Qualität der gemeldeten Skiffer und Rennboot-mannschaften über den deutschen Grog-Rhein-Cup, die Ziele, und Ausgleichs-Rennen am 20. und 21. Juli auf dem Hafenbecken Hauptbrücke Mainzer Regatta ist auf Grund des Weltrecordgrundes von 19 Vereinen mit 141 Booten und 764 Ruderern zu Wasser gelassen. Es werden gleichzeitig 4 Rennen mit 16 Booten des Jahres zu zählen. Die Besetzung der großen Rennen durch deutsche Elite-Mannschaften aus Berlin (Club), Mannheim (Amicitia), Magdeburg (Alt Werder), Köln (Ruder-Verein), Frankfurt (Germania), Köln (Ruder-Gesellschaft), Frankfurt Germania, Köln Germania, Ludwigshafen Rh., Leben der Mainzer Wassersport und Mainzer Verein, Leben der Verein Mainz und Ruder-Club Mainz, Ruder-Gesellschaft Mainz, Ruder-Club Mainz, Leben Regattalauf werden sich in Mainz Kämpfe abspielen, an denen eine ganze Reihe von Weltrechtsfahrbuden teilnehmen sind. Von Weltrechtsfahrbuden teilnehmen sind. Von Weltrechtsfahrbuden teilnehmen sind.